



Das eJournal der Europäischen Rechtslinguistik (ERL)
Universität zu Köln

Europa muss geschaffen werden! – ein Grußwort

**zum Kölner Symposium "50 Jahre Römische Verträge"
am 13. April 2007.**

Michael Breuer

01. Juni 2010

urn:nbn:de:hbz:38-74760
www.zerl.uni-koeln.de

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

<1>

Ich freue mich sehr über die Gelegenheit, im Rahmen dieses Symposiums¹ zu Ihnen zu sprechen. Der 50. Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge ist ein bedeutendes Jubiläum in einer schwierigen Phase der Neuorientierung in Europa.

„Europam esse construendam“ lautet die treffende Botschaft der Podiumsdiskussion am heutigen Nachmittag, an der ich – zu meinem Bedauern – nicht teilnehmen kann. Man könnte versucht sein, diese Botschaft abzuwandeln in „Europa muss neu geschaffen werden“.

Kein Neuanfang gewiss, aber eine Neuorientierung. Denn die Europäische Union, und damit auch die deutsche Ratspräsidentschaft, muss nach meiner festen Überzeugung eine Verbindung schaffen, zwischen den Institutionen und komplexen Politiken in Europa und einem Europa, mit dem sich die Menschen identifizieren.

<2>

Eine bessere Kommunikation alleine reicht nicht. Auch die europäische Politik muss besser werden. Erforderlich ist ein Europa, das der Bürger versteht und das den Bürger versteht. Ein Europa, das stärker auf die Bürgerinnen und Bürger zugeht und fragt, welches Europa sie sich wünschen. Ein Europa, das in effektiven Verfahren wichtige Antworten auf die richtigen Fragen gibt. Auf Fragen, in denen Europa einen Mehrwert bringen kann gegenüber der nationalstaatlichen Politik.

Ob Europa sein Potenzial nutzen und konkrete, sichtbare Erfolge liefern kann, entscheidet letztlich über die Zukunftsfähigkeit der Europäischen Union. Europa kann und muss sich insofern selbst schaffen!

<3>

Europa wird sich in Zukunft stärker als bisher an seinen konkreten Leistungen messen lassen müssen. Für die Kriegs- und Nachkriegsgeneration war Europa vorrangig ein Friedensprojekt. Und in der Tat kann die herausragende Rolle der Römischen Verträge für Frieden und Freiheit in Europa gar nicht unterschätzt werden. Wir müssen sorgsam darauf achten, dass die europäische Einigung als Garant für Frieden und Demokratie niemals als bare Selbstverständlichkeit abgehakt wird. Wir müssen gerade den jungen Menschen klar machen, dass Europa die größte Friedensinitiative unserer Geschichte ist. Gleichwohl muss Europa heute, gerade für die junge Generation, anders als noch vor 50 Jahren begründet werden.

¹ Dieses Begrüßungswort wurde im Rahmen des Kölner Symposiums „50 Jahre Römische Verträge“ am 13. April 2007 gehalten. Siehe auch die Sonderausgabe auf ZERL, unter www.zerl.uni-koeln.de/special-issue/, (31.05.2010).

<4>

Die Zukunft des europäischen Projekts wird von der Fähigkeit abhängen, Herausforderungen zu meistern und gemeinsame Lösungen zu entwickeln, und zwar vor allem in vier Bereichen:

- institutionell, namentlich in der Verfassungsfrage,
- in der Außen- und Erweiterungspolitik,
- in der Energiepolitik,
- in der Wirtschafts- und Sozialpolitik.

In diesen vier Bereichen sehe ich die neuralgischen Punkte der Zukunft Europas. Hier wird sich entscheiden, ob es Europa schafft.

<5>

Die Deutsche Ratspräsidentschaft hat alle vier Punkte beherzt aufgegriffen. Die Anliegen der Länder sind weitgehend berücksichtigt worden. Bereits Mitte des vergangenen Jahres hatte die Ministerpräsidentenkonferenz ihre Anliegen formuliert und der Bundeskanzlerin überreicht.

Entscheidend wird nun sein, dass die Deutsche Präsidentschaft weiter geschickt agiert und ihr Programm in erfolgreiche Verhandlungen umsetzt. Wir alle wollen – und ich füge hinzu: wir brauchen – eine erfolgreiche Deutsche Präsidentschaft. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat dabei unsere volle politische und organisatorische Unterstützung.

<6>

Die deutschen Länder und auch Nordrhein-Westfalen sind aktiv in die Ratspräsidentschaft eingebunden. Sie unterstützen die Bundesregierung unter anderem durch die Abordnung von Personal und durch Beiträge zum kulturellen Rahmenprogramm.

Die Deutsche Ratspräsidentschaft ist auch eine gute Gelegenheit, um für Europa zu werben. Die Landesregierung leistet dazu einen bedeutenden Beitrag. Ich möchte Ihnen dazu ein konkretes Beispiel nennen: Als einziges Bundesland hat Nordrhein-Westfalen aus Anlass der Ratspräsidentschaft Deutschlands eine eigene Internetseite. Darin sind – und das ist ebenfalls eine Neuheit – neben zahlreichen Informationen und Veranstaltungshinweisen unter anderem so genannte Podcasts eingestellt. In dieser regelmäßig erscheinenden Art von Radioansprache informieren wir die Bürgerinnen und Bürger über Neuigkeiten in Nordrhein-Westfalen im Kontext der Ratspräsidentschaft. Wir sind von der Kraft dieses modernen, gerade bei jungen Menschen sehr populären Mediums überzeugt.

<7>

Lassen Sie mich kurz auf zwei der vier eingangs genannten Schlüsselbereiche eingehen, denen sich Europa in den nächsten Jahren stellen müssen: die Frage der Verfassung und die Frage der Erweiterung.

Eine zentrale Zukunftsfrage für Europa ist seine institutionelle Ausgestaltung. Wie soll das politische System Europas neu ausbalanciert werden? Wie sollen Macht und Aufgaben zwischen den verschiedenen Ebenen und Akteuren verteilt werden?

<8>

Wichtigstes Projekt der Ratspräsidentschaft ist – als Antwort auf diese Fragen – die Wiederbelebung des europäischen Verfassungsprozesses. Nach meiner festen Überzeugung haben die Staats- und Regierungschefs mit ihrer vor drei Wochen unterzeichneten Berliner Erklärung in einer außerordentlich schwierigen Situation, zwei Jahre nach dem Scheitern des Verfassungsvertrages und wenige Wochen vor den Präsidentschaftswahlen in Frankreich, den richtigen Weg beschritten. Es ist der Einstieg in den notwendigen Ausweg aus einer scheinbar festgefahrenen Debatte.

Ohne Frage ist eine Reform der institutionellen Grundlagen essentiell, um Europas Handlungsfähigkeit auch mit 27 Mitgliedstaaten zu sichern. Die Europäische Union braucht mehr Bürgernähe, Demokratie, Transparenz, Effizienz und Subsidiarität. Europa braucht den Verfassungsvertrag.

<9>

Die Länder haben sich in den Konvent und auch in die Regierungskonferenz, die zu dem vorliegenden, von immerhin 18 Mitgliedstaaten ratifizierten Verfassungsentwurf führten, intensiv eingebracht. Sie haben wichtige Anliegen formuliert und im Vertrag unterbringen können. Ich nenne hier nur:

- die Stärkung der regionalen und lokalen Selbstverwaltung durch die ausdrückliche Bezugnahme auf Regionen und Gemeinden als ein wichtiger Teil der nationalen Identität;
- die klarere Ordnung der Aufgabenverteilung zwischen der Europäischen Union und den Mitgliedstaaten und deren Regionen;
- die Klarstellung, dass die Ziele der Union nur im Rahmen ihrer Zuständigkeiten verfolgt werden können und Ziele allein nicht Kompetenz begründend sind;
- die Beachtung des Subsidiaritätsprinzips durch ein formales Frühwarnsystem, das jedem nationalen Parlament die Möglichkeit geben wird, Subsidiaritätsbedenken gegen einen europäischen Rechtsetzungsvorschlag zu erheben. Ein Drittel der nationalen Parlamente hätte dann die Möglichkeit, einen Vorschlag an die Europäische Kommission zurückzuverweisen;

- das Klagerecht der beiden Kammern der nationalen Gesetzgebungsorgane (also auch des Bundesrates) vor dem Europäischen Gerichtshof, als Vervollständigung dieses Frühwarnsystems.

Diese Aufzählung der Errungenschaften der Verfassung macht deutlich, warum die Länder stets für die Verfassung gekämpft haben und noch immer kämpfen.

Für das Subsidiaritätsprinzip, d.h. die Verortung aller bürgernah zu leistenden staatlichen Aufgaben auf einer möglichst bürgernahen Ebene, also möglichst bei Ländern oder Kommunen, streiten wir in Brüssel schon lange.

<10>

Natürlich war von vorn herein klar, dass sich die Verfassungsfrage nicht innerhalb der sechs Monate der deutschen Ratspräsidentschaft lösen lässt. Am Ende soll aber ein Fahrplan mit der Aussicht auf ein vernünftiges Ergebnis stehen. „Vernünftig“ heißt für mich, möglichst viel von der rechtlichen und politischen Substanz des vorliegenden Vertrages zu retten.

<11>

Unabhängig vom Verfassungsprozess fordern die Länder die zügige Einführung eines Frühwarnsystems zur Subsidiaritätskontrolle, mit dem die nationalen Parlamente Einwände gegen Vorschläge der EU-Kommission erheben können.

Im September 2006 hat die Kommission freiwillig mit der Übermittlung aller Dokumente im Kontext oder Vorfeld von Rechtssetzungsakten an die nationalen Parlamente begonnen. Diese Übermittlungen sind verbunden mit der Bitte um eine Stellungnahme, in der sie Bedenken hinsichtlich der Zuständigkeit der Europäischen Union deutlich machen können. Dies ist ein erster Schritt in die richtige Richtung.

Ohne eine institutionelle Ausgestaltung bleibt dieser Schritt jedoch unzureichend. So ist etwa die Bedeutung und Verwendung der Stellungnahmen unklar. Eine Stärkung von Subsidiarität und Bürgernähe könnte zur Akzeptanz des Vertrages insgesamt beitragen.

<12>

Europa muss da tätig werden, wo es einen echten Mehrwert erbringen kann, wo der Nationalstaat weniger leistungsfähig ist. Europa muss jedoch dort untätig bleiben, wo Probleme auf politischen Ebenen geregelt werden können, die näher an den Bürgerinnen und Bürgern sind.

Fakt ist: Ein dezentrales Europa, ein Europa der Regionen, das dicht an den Problemen und an den Sorgen der Bürgerinnen und Bürger ist, trägt zu einer besseren Akzeptanz der Europäischen Union und ihrer Entscheidungen bei den Bürgerinnen und Bürgern bei.

Die Regionen dürfen nicht zu bloßen Agenturen der Umsetzung europäischer Gesetze, Verordnungen und Richtlinien werden. Sie garantieren den Menschen, auch in einer erweiterten Union ihre spezifische Identität bewahren zu können.

<13>

Europa muss sich jedoch nicht nur nach innen erneuern, es muss auch sein außenpolitisches Profil weiter schärfen. Dies bringt mich zum zweiten zentralen Aufgabenfeld der Zukunft Europas.

In einer Welt, in der globale Partner wie China oder Indien eine zunehmend wichtigere Rolle spielen, braucht Europa ein geschlossenes Auftreten und eine effektive Außenpolitik. Europa muss insofern zu einem geopolitischen Akteur werden, der seine Interessen kennt und geschlossen vertritt – als gleichberechtigter Partner und gegebenenfalls als ehrlicher Makler in der Weltpolitik.

<14>

Die Frage, wo Europas Platz in der Welt ist, geht natürlich Hand in Hand mit der Frage nach der künftigen territorialen Ausdehnung der Europäischen Union. Die Erweiterung nach außen steht zugleich in einem unlösbaren Zusammenhang mit der notwendigen Vertiefung nach innen.

Allein von den Institutionen her kann die Europäische Union derzeit keine weiteren Mitglieder verkraften. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat daher zu Recht deutlich gemacht, dass weitere Beitritte zur Europäischen Union nur auf der Grundlage eines neuen europäischen Vertragsfundaments möglich sind.

Um nach innen und außen handlungsfähig und stark zu sein, gibt es möglicherweise eine kritische Größe der Gemeinschaft, die wir beachten müssen. Nur ein starkes Europa wird seinen eigenen Ansprüchen, auch in der Außenpolitik, gerecht werden können.

<15>

Mit der Aufnahme zehn neuer Mitgliedstaaten im Jahr 2004 hat die Gemeinschaft einen historisch bedeutsamen Schritt vollzogen. Die Erweiterung der Europäischen Union, zuletzt durch die Aufnahme von Bulgarien und Rumänien, und die dadurch ausgelösten wirtschaftlichen und sozialen Anpassungsprozesse treffen jedoch bei Teilen der Bevölkerung auf Besorgnis – die Vorteile treten in den Hintergrund.

<16>

Die Europäische Union muss sich daher mit ganzer Kraft und höchstem Einfühlungsvermögen darauf konzentrieren, die aktuellen Verhandlungen mit der Türkei und Kroatien als transparenten, nachvollziehbaren und vor allem ergebnisoffenen Prozess durchzuführen. Viele der Unionsbürgerinnen und -bürger werden daran die Europäische Union als Ganzes messen.

Die Europäische Union muss sich zudem dazu bekennen, dass sie über bereits gegebene Beitrittsversprechen hinaus auf absehbare Zeit nicht in der Lage sein wird, weitere Mitglieder aufzunehmen. Daraus folgt die Notwendigkeit, den Nachbarregionen und Staaten eine klare Alternative aufzuzeigen.

Diese Alternative existiert bereits in Form der Nachbarschaftspolitik der Europäischen Union. Die Nachbarschaftspolitik muss eine neue Dynamik erfahren. Europäische Solidarität ist auch jenseits einer Beitrittsperspektive notwendig und möglich.

<17>

Worauf es mir vor allem ankommt: Europa braucht die notwendige Vertiefung, sowohl institutionell als auch im Verhältnis zu den Bürgerinnen und Bürgern, bevor es mit Augenmaß die Aufnahme weiterer Mitgliedstaaten in Betracht ziehen kann.

<18>

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dieses namhaft besetzte Symposium bietet eine hervorragende Gelegenheit, die Verfassungsfrage und weitere Überlegungen zu vertiefen. Ich gratuliere zu einem viel versprechenden Programm und wünsche eine fruchtbare Diskussion.